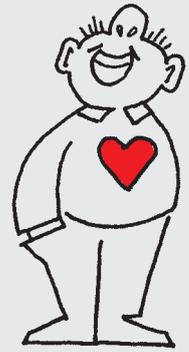


# MALXE BLATT

*mit Herz und Schnauze*



1/2018 (Febr.)

## **DIE LINKE.** -Zeitung für Forst und Umgebung

*... gratuliert allen Frauen und Mädchen herzlich zum Internationalen Frauentag am 8. März 2018  
100 Jahre Frauenwahlrecht – ein guter Grund zum Feiern*



## Ingo Paeschke – Bürgermeisterkandidat der LINKEN

**DIE LINKE in Forst hat am 30.01. 2018 in einer Mitgliederversammlung ihren Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Forst (Lausitz) am 22. April 2018 gewählt.**

Einzigster Kandidat war der Fraktionsvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Ingo Paeschke. Er erhielt nach intensiver Diskussion von den anwesenden 34 Mitgliedern 26 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen. Dies entspricht einer Zustimmung von 76 % der abgegebenen Stimmen.

Ingo Paeschke erläuterte vor der Wahl seine inhaltlichen Vorstellungen zur Arbeit als Bürgermeister in Forst. Grundlage bildet dabei die langjährige Arbeit der Fraktion in der SVV.



**Ortsvorsitzende Cornelia Janisch gratuliert zur Kandidatur**

Wichtige Themen werden sein:

- die bauliche Gestaltung der Innenstadt rund um den Markt,
- die Entwicklung des Bereiches am Wasserturm zu einem Jugend-, Sport- und Freizeitzentrum mit Stadion, Schwimmhalle und Mehrzweckhalle,
- die Verbesserung der Sicherheit in der Stadt mit dem Schwerpunkt einer höheren Präsenz des Ordnungsamtes und einer engen Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden,
- die Lösung des Problems der gezahlten Abwasserbeiträge in der Stadt und
- die weitere Stabilisierung der Gesundheitsversorgung in enger Zusammenarbeit mit der Lausitz Klinik Forst.

**DIE LINKE, Ortsvorstand Forst**

## Dritter Versuch oder warum ich es nicht lassen kann!



**Vor drei Jahren war das Thema Bürgermeisterkandidatur für mich abgeschlossen. Nach der damaligen Wahl ging ich davon aus, dass der gewählte Kandidat das Amt auch acht Jahre ausführen wird. Ich**

**hatte ihm ja letztlich auch meine Unterstützung zugesagt.**

Aber wie das Leben so spielt, nach dem Amtsverzicht von Philipp Wesemann stehen jetzt wieder Neuwahlen an, und im Alter von 56 Jahren traue ich mir das Amt für acht Jahre immer noch zu. Ich

denke, es ist besser, selbst noch mal ein Angebot an die Wählerinnen und Wähler zu machen, statt nur über die Fehler anderer zu meckern

Die Situation unserer Stadt hat sich in den vergangenen drei Jahren wenig verändert. Es geht immer noch um die Innenstadtbauung, um die Entwicklung unserer Sport- und Freizeiteinrichtungen, um Sicherheit und Ordnung, um Gesundheitsversorgung und Pflege und um das Problem der gezahlten Abwasserbeiträge.

Verändert hat sich allerdings das politische Umfeld in der Region, und auch da gilt es, Position zu beziehen.

Am 5. Februar 2018 war die Berliner Mauer genauso lang Geschichte, wie sie einst existierte. Ich wurde 29 Tage nach dem Beginn des Mauerbaus geboren

und es dauerte dann fast 29 Jahre bis die Mauer wieder verschwand. Leider gilt das nur für den Beton, nicht für die Mauern in den Köpfen. Reisefreiheit und offene Grenzen waren neben Westgeld und Bananen die Dinge, die für viele DDR-Bürger 1989 wichtig waren. Das können wir doch nicht innerhalb einer einzigen Generation vergessen haben. Ich habe mein bisheriges Leben zur einen Hälfte in der DDR und zur anderen Hälfte im vereinten Deutschland verbracht. Dies hat mich geprägt und mein Leben wesentlich bestimmt. Ich möchte keinen Teil davon missen und ich kann mein Leben auch nicht in eine gute und eine schlechte Hälfte teilen. Es geht darum, das Erlebte für die Zukunftsgestaltung zu nutzen.

➤ S. 2

## Dritter Versuch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Unsere historischen Erfahrungen sagen uns, dass Nationalismus immer wieder der Nährboden für Gewalt und Kriege war. Die Europäische Union ist unser Garant für Frieden in Europa und sie muss die Grundpfeiler unserer Werte verkörpern, die es zu verteidigen gilt. Unsere Nachkommen brauchen eine friedliche Welt und dazu gehört nach meiner Überzeugung auch Solidarität mit Verfolgten und Bedrohten. Nicht alle

können nach Europa kommen, auch hier sind die Möglichkeiten endlich, aber die, die da sind, müssen wir anständig behandeln. Zugleich haben wir als Einheimische Anspruch darauf, dass sich unsere neuen Mitbürger anständig benehmen und unsere Gesetze einhalten. Die wichtigste Voraussetzung für das Zusammenleben ist gegenseitiger Respekt.

Forst ist heute eine Kleinstadt mit Chancen, aber auch mit Problemen. Ich möchte, dass wir diese Chancen nutzen. Fast dreißig Jahre nach der politischen Wende und einem gewaltigen ökonomischen Umbruch stehen wir wieder vor

### Spruch des Monats

»Gerechtigkeit herrscht,  
wenn es in einem Volk weder  
übermäßig Reiche  
noch übermäßig Arme gibt.«

Thales von Milet

großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die müssen wir gestalten und nicht nur den Ist-Zustand verwalten. Für dieses Ziel würde ich gern acht Jahre als IHR Bürgermeister arbeiten.

**Sicherheit, Respekt und Menschlichkeit – gemeinsam die Forster Zukunft gestalten**

Ingo Paeschke

## Jahresabschlussfeier 2017 Ortsverband Forst

*Ich fühle mich geborgen ...*



Eine Einladung der LINKEN flatterte auf meinen Tisch. Am 13. Dezember 2017 sollte der Jahresabschluss gefeiert werden. Also ging ich mit gemischten Gefühlen hin. Ich erwartete keine zahlreiche Beteiligung und wurde das erste Mal angenehm überrascht. Der Raum hatte kaum ausreichend Platz! Nach der Begrüßung durch unsere Vorsitzende Cornelia Janisch, die herzlich und unkompliziert war, erfolgte ein kleiner Jahresrückblick. Gut. Sogar für den »kleinen« Hunger und »großen« Durst hatten Genossinnen und Genossen etwas vorbereitet. Die ungezwungenen Gespräche und das freundschaftliche

Miteinander taten mir gut. Ich fühlte mich gut aufgehoben und werde versuchen, die Arbeit der LINKEN nach besten Kräften zu unterstützen.

Irgendwo las ich: *Drei Dinge musst du geben:  
Dein Mögliches für die Armen,  
ein Wort des Trostes den Traurigen,  
ein Wort des Lobes denen, die es verdient haben.*

Diese richtigen Überlegungen waren an diesem Nachmittag spürbar.  
**Gudrun Ritschel**

**Aus der SVV Forst informiert:**

## Unsere Anträge für den städtischen Haushalt 2018

**Ziel unserer Haushaltsanträge ist die Stabilisierung und langfristige Sicherung der Unterstützung von Sport, Kultur und Bildung in der Stadt Forst.** Dafür beantragen wir:

- Zuweisungen für laufende Zwecke kulturtragender Vereine auf 8.000 Euro und für Sportvereine auf 37.500 Euro anheben
- Zuweisungen für laufende Zwecke. In beiden Bereichen soll in den kommenden Jahren eine kontinuierliche An-

passung der Förderung um 160 Euro bzw. um 750 Euro pro Jahr erfolgen

- Im Produkt Jugendarbeit soll eine Leistung in Höhe von 1.000 Euro zur Finanzierung der Arbeit des Jugendbeirats eingeführt und kontinuierlich fortgeschrieben werden
- Anhebung der Geschäftsaufwendungen für Bürobedarf an den drei städtischen Grundschulen und an der Oberschule um 200 Euro zur besseren Deckung des notwendigen Bedarfs

Gesamtmehrkosten der Anträge für 2018: **2.800 Euro.**

Zusätzliche Aufwendungen ab 2019 pro Jahr 910 Euro.

**Dies entspricht 0,007 % des Gesamthaushalts, hat aber für die einzelnen Bereiche nachhaltige Auswirkungen.**

**Ingo Paeschke,**  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
der SVV Forst

## Keine Einigung bei Tarifverhandlungen mit dem DRK in Forst

Einschüchterungsversuche des DRK gegen Beschäftigte, die sich für einen Tarifvertrag engagieren / Beschäftigte werden von Politik unterstützt

Bei den Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem DRK-Kreisverband Forst Spree-Neiße e. V. liegt noch keine Tarifeinigung vor. Die Gewerkschaft ver.di hatte im Juni 2017 den DRK-Kreisverband zu Tarifverhandlungen aufgefordert.

Bisher gab es nur einen Verhandlungstermin. Der Vorstand des DRK-Kreisverbandes hatte drei weitere vereinbarte Verhandlungstermine abgesagt. Die Gewerkschaft ver.di fordert für die rund 170 Beschäftigten einen Tarifvertrag, wie er schon seit Juli 2016 beim DRK-Kreisverband Cottbus-Spree-Neiße-West e. V. gilt. Inzwischen gab es zwei Warnstreiks. Beim zweiten Warnstreik am 17.01.2018 hatten sich rund 70 Beschäftigte beteiligt, obwohl das DRK eine Streikbrecherprämie von 100 Euro angeboten hatte.

Am 30. November 2017 hatte das DRK ein erstes Tarifangebot unterbreitet. Die ver.di-Tarifkommission hatte das Angebot als völlig unzureichend abgelehnt. Eine Verhandlung zu diesem DRK-Tarifangebot war infolge der drei Terminabsagen vom DRK nicht möglich. Die Tarifverhandlungen werden am 22.02.2018 und am 05.03.2018 fortgesetzt. Die Regelungen zur Refinanzierung der Personalkosten in der ambulanten und stationären Pflege sind in Forst so wie in Cottbus geregelt. Daher fordert die ver.di-Tarifkommission die Übernahme des Cottbuser Tarifvertrages.

Der Konflikt spitzt sich beim DRK in Forst weiter zu. Seit Anfang Januar 2018 wurden zwei Abmahnungen an Mitglieder des Betriebsrates und an Mitglieder der ver.di-Tarifkommission ausgesprochen. Ein Mitglied des Betriebsrates soll sogar wiederholt fristlos gekündigt werden. Der Betriebsrat hat diesen Anträgen zur fristlosen Kündigung widersprochen. Das DRK hat daraufhin das Arbeitsgericht angerufen. Trotz eindeutigen richterlichen Hinweises im ersten öffentlichen Verhandlungstermin am 29.01.2018 hat das DRK den Antrag nicht zurückgezogen. Am 31.05.2018 wird das Arbeitsgericht Cottbus über den ersten DRK-Antrag (Aktenzeichen: 3BV 64/17) zur fristlosen Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung entscheiden. Die Gewerkschaft ver.di vertritt das Betriebsratsmitglied in dem Gerichtsverfahren und geht davon aus, dass das Gericht den Antrag als unbegründet zurückweisen wird. Die Gewerkschaft ver.di wertet die angedrohten Kündigungen und die ausgesprochenen Abmahnungen als Einschüchterungsversuche gegen DRK-Beschäftigte, die sich für einen Tarifvertrag und für gute Arbeitsbedingungen engagieren. Das Arbeits-



Mitarbeiter des DRK Forst und von Ver.di. zu Besuch bei der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Landtag

gericht Cottbus wird in kommenden Gerichtsverfahren feststellen, dass diese arbeitsrechtlichen Maßnahmen unzulässig sind.

Unterdessen waren Mitglieder des Betriebsrates und der ver.di-Tarifkommission am 01.02.2018 im Brandenburger Landtag zur aktuellen Stunde »Für eine faire und angemessene Kostenverteilung in der Pflege«. Mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der LINKEN, Bettina Fortunato, der Forster Landtagsabgeordneten Anke Schwarzenberg und der Gesundheitsministerin Diana Golze (jeweils DIE LINKE) wurden der Stand der Tarifverhandlungen beim DRK in Forst und die Arbeitsbedingungen in der

Pflege beraten. Es war Konsens, dass sich die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge in der Pflege verbessern müssen. Konsens war auch, dass die Pflegeversicherung in eine Vollversicherung umgestellt werden muss, damit die Pflegebedürftigen nicht allein die Kosten der Verbesserungen der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege tragen müssen. Nach den bisher geltenden Regelungen der Pflegeversicherung tragen die Pflegebedürftigen und die Heimbewohner alle Kostensteigerungen, so auch die Mehrkosten durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege.

*Ralf Franke, Ver.di.*

**LESE-  
ECKE**

### Potsdamer Schriftstellerin Christine Anlauff liest »Sagen und Legenden«

Um Potsdam und die bezaubernde Havellandschaft ranken sich zahlreiche Legenden, die eine ganz eigene Geschichte von der Stadt und den Menschen dort erzählen: Slawen und Deutsche, Ritter und schöne Jungfrauen, aber auch heidnische Götter, Zwerge, fliegende Frauen und andere Fabelwesen. Christine Anlauff hat fünfzehn der schönsten Sagen der Region gesammelt und neu erzählt vom Babelsberg bis zum Griebnitzsee, von der Mühlen tradition bis zum ältesten Haus der Stadt. Diese sind **am Samstag, dem 3. März**, ab 15 Uhr im Lothar-Bisky-Haus in der Potsdamer Alleestraße zu hören. Der Eintritt zu dieser offenen Lesung ist frei.

*Reinhard Frank  
Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit/  
Kleine Zeitungen und Veranstaltungsmanagement*

## Kreisvorstands-Sitzung am 5. Februar 2018 in Forst

Die monatliche Beratung des Kreisvorstandes Lausitz fand am 05.02.2018 in der Geschäftsstelle des Ortsverbandes Forst (Lausitz) statt. Der KV stellt somit die direkte Verbindung zum jeweiligen gastgebenden Ortsverband her. An der Beratung nahmen auch weitere Mitglieder des Ortsverbandes Forst teil.

Neben den obligatorischen Tagesordnungspunkten wie Protokollkontrolle, Berichte aus den Ortsverbänden und Termine befasste sich der KV mit den anstehenden Wahlen in der Region. So berichtete Genossin Janisch von der Mitgliederversammlung zur Aufstellung des Bürgermeister-Kandidaten in Forst. Mit großer Mehrheit wurde Genosse Ingo Paeschke als Bürgermeister(BM)-Kandidat gewählt. Die Nominierungsveranstaltung zur Aufstellung des BM-Kandidaten in Drebkau und Landratskandidaten im Landkreis SPN vom 03.02.2018 wurde gleichfalls ausgewertet. In Drebkau kandidiert Gen. Torsten Richter und als Landrat Gen. Matthias Loehr. Beide Kandidaten erhielten große Zustimmung bei nur wenig Enthaltungen und keinen Gegenstimmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden erste Vorschläge und Ideen für den Wahlkampf erörtert. Für uns Forster

Genossen wird die traditionelle Blumenverteilung gemeinsam mit unserem BM-Kandidaten am Internationalen Frauentag der Wahlkampfauftakt sein. In der Diskussion wurde über mögliche Plakat- und Postkartenaktionen im Kreisverband beraten. Der geplante Besuch der Staatssekretärin Altmuth Hartwig-Tiedt am 01.03.2018 in Forst und die Tarifaueinandersetzungen mit der Gewerkschaft ver.di fällt ebenfalls in diese Zeit.

In weiteren Punkten besprach der KV die Vorbereitung des FrühLINKS-empfanges des Kreisverbandes am 16.03.2018 in Cottbus, die Zusammenarbeit der Fraktionen der SVV Cottbus und des Kreistages SPN, Finanzplan 2018 und die Öffentlichkeitsarbeit.

Einen großen Raum nahm der Bericht von Gen. Eberhard Richter, Vorsitzender des OV Cottbus, ein. Ausführlich schilderte er seine Eindrücke von der Demo am 03.02.2018 des Vereins »Zukunft Heimat« gegen Flüchtlinge und der Gegendemo von »Cottbus Nazi-frei« und vielen Flüchtlingsvereinen unter dem Motto »Leben ohne Hass«. Die Cottbuser Genossen kritisierten die derzeitige Untätigkeit der Stadt mit OB Kelch an der Spitze. Die momentane mediale Berichterstattung über Cottbus trägt zur Stimmungsmache ge-

gen Flüchtlinge und Ausländer bei. Als Vorschlag von Matthias Loehr wird ein offener Dialog der SVV mit OB und Stadtspitze angeregt. Zu Form, Inhalt und Ort bestehen erst einmal Ideen, die weiter diskutiert werden sollten. Eberhard Richter berichtete von der Verabschiedung eines Integrationskonzeptes durch die SV, welches von einer großen Zahl von Vereinen, Verbänden, Institutionen und Einzelpersonen erarbeitet wurde. In den Medien erfolgten darüber zum Teil Falschinformationen. Weitere aktuelle Informationen gab E. Richter zur Arbeit des Landesausschusses. Als Vorsitzender wurde in der konstituierenden Sitzung Sebastian Walter bestellt.

Den Bericht des OV Spremberg mit Schwerpunkt Jahresauftaktveranstaltung zum Thema BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) mit Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN, und Ringo Jünigk, LAG BGE, gab Birgit Kaufhold.

Die fast 3-stündige Sitzung endete gegen 21.00 Uhr. Die nächste Sitzung am 5. März findet dann wieder in der Geschäftsstelle des KV in Cottbus statt.

*Cornelia Janisch,  
Vorsitzende des OV Forst  
und Mitglied KV*

## Auch wir waren dabei

In den vergangenen Wochen gab es in Cottbus immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. Es folgten Demos für und gegen die Flüchtlingspolitik in der Stadt.

Traditionell gehen Bürger am 15. Februar in Cottbus auf



die Straße, um an den alliierten Luftangriff auf die Lausitzstadt im Jahr 1945 zu erinnern. Auch in diesem Jahr gingen Bürger für Frieden auf die Straße – diesmal besonders mit Blick auf das Miteinander in der Stadt selbst. Mit einem großen Sternmarsch richtete sich die Kundgebung auch gegen Rassismus und für Toleranz, unter dem Motto »Cottbus bekennt Farbe«. Forster Genossen durften da natürlich nicht fehlen.

www.friko-cottbus.de

### 3. NIEDERLAUSITZER OSTERMARSCH FÜR DEN FRIEDEN

**02.04.** 2018  
**OSTERMONTAG**  
Stadthallenvorplatz Cottbus  
Start: 14.00 Uhr

## Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

Anke Schwarzenberg, MdL



Vom 31.01. bis 02.02.2018 kam der Brandenburger Landtag zu seiner planmäßigen Beratung zusammen:

Folgende Themen standen auf der Tagesordnung (Auszüge):

### ► Am Mittwoch ging es um den Nachtragshaushalt 2018

Erforderlich wurde dieser Nachtragshaushalt, weil erhebliche Veränderungen in den verschiedensten Bereichen schnell notwendig werden. Hier ein paar Beispiele:

- Einstieg in die beitragsfreie Kinderbetreuung für das letzte Kita-Betreuungsjahr.
- Das Kommunale Investitionsprogramm des Landes wird noch einmal aufgestockt (Insbesondere betrifft das Feuerwehrinfrastruktur und Sporteinrichtungen).
- Ein Infrastrukturfond »Zukunft Brandenburg« soll mit 200 Mio. Euro gebildet werden für Investitionen in Schulen, Straßen, Schienen und Digitalisierung.
- Steuermehreinnahmen (infolge der Steuerschätzung November 2017) sollen unverzüglich an die Kommunen weitergereicht werden. Hierzu ist das Finanzausgleichsgesetz in den Verbundgrundlagen anzupassen.

### ► Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten – Antrag SPD/DIE LINKE

Die Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene wird durch die Notwendigkeit von Kostendeckungsvorschlägen erschwert. Diese Regelung wurde dahingehend verändert, dass die Verwaltung in Zukunft den Vertretungsberechtigten der Bürger schriftlich eine Einschätzung zu den erwarteten Kosten (Kostenschätzung) mitteilen muss.

Des Weiteren werden die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte für Kinder und Jugendliche geregelt.

### ► Entschädigungsfond für in der DDR geschiedene Frauen – Antrag SPD/DIE LINKE

Dieser Antrag wurde auch von den Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, einen Entschädigungsfond für die in der DDR geschiedenen Frauen einzurichten. Damit soll die Empfehlung des UN-Frauenrechtsausschusses umgesetzt werden.

### ► Aktuelle Stunde mit dem Thema »Faire und angemessene Kostenverteilung in der Pflege erreichen«.

Folgende Forderungen an die Bundespolitik wurden beschlossen (Auszug):

- Eine bessere finanzielle Ausstattung der Pflegeversicherung muss gesichert werden, um zu verhindern, dass Kostensteigerungen durch Betroffene und ihre Angehörige sowie die Sozialhilfeträger zu tragen sind.
- Es sind sofort bundeseinheitliche, verbindliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Personalnotstand in der Pflege zu beheben und Instrumente der Personalbemessung einzuführen.

Gemeinsam mit anderen Bundesländern sollte die Landesregierung für Pflgeetarifverträge werben.

### ► Den brandenburgischen Tierschutzplan umsetzen und fortschreiben – Antrag SPD/DIE LINKE

Dieser Antrag wurde gemeinsam mit der CDU eingebracht und beschlossen. Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, den vorliegenden Tierschutzplan umzusetzen. Dazu bedarf es eines Umsetzungskonzeptes, um die erforderlichen Ressourcen konkret zu benennen und in den HH 2019/2020 einzuordnen.

Anke Schwarzenberg,  
Mitglied des Landtages Fraktion  
DIE LINKE

## GroKo-Rentenpolitik tritt auf der Stelle und versagt im Kampf gegen Altersarmut!

Von Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD ist aus Sicht der heutigen Rentnerinnen und Rentner und der jungen Generation enttäuschend. Statt die vorhandenen finanziellen Spielräume auszunutzen und im Kampf gegen Altersarmut vernünftig einzusetzen, wird der Beitragssatz begrenzt und die Rentenkasse wird weiter geschröpft. Echte Leistungsverbesserungen für heutige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner sucht man vergebens.

Nur sehr wenige Mütter mit drei und mehr Kindern und nur neue Rentnerinnen und Rentner unter 65 Jahren, die zu krank sind, um zu arbeiten (Erwerbsminderungsrenten), dürfen auf bessere Renten hoffen. Alle anderen gehen leer aus. Das wird zu Unmut bei vielen Menschen führen. Mütter mit »nur« zwei Kindern, erwerbsgeminderte Rentnerinnen und Rentner, die ein Jahr »zu früh« krank wurden und arme Rentnerinnen und Rentner, die nur 33 Beitragsjahre erreichen. Sie alle gehen leer aus.

Und es bleibt dabei, dass die besseren

»Mütterrenten« nicht komplett aus Steuermitteln finanziert werden, sondern überwiegend aus Beitragsmitteln. Damit gehen Jahr für Jahr rund zehn Milliarden Euro für ein höheres Rentenniveau verloren. Die Stabilisierung des Rentenniveaus ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und ein Erfolg für Gewerkschaften, Sozialverbände und DIE LINKE. Es wäre aber dringend nötig, das Rentenniveau von gut 48 Prozent auf 53 Prozent anzuheben. Das war das lebensstandardsichernde Niveau, bevor Schröder, Fischer und Riester begannen, die gesetzliche Rente zu ruinieren. Zudem ist die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent in dieser Wahlperiode nur weiße Salbe, weil es bis 2021 nach allen Prognosen sowieso nicht stärker sinken werden wird.

Für sehr wenige ältere Menschen mit mindestens 35 Beitragsjahren wird eine etwas höhere Sozialhilfe im Alter eingeführt werden, aber die Rente wird nicht für alle armutsfest umgebaut. Das aber wäre dringend nötig.

Das hilft wenigen Betroffenen zu wenig und lässt viel zu viele Betroffene arm zurück! Das fälschlicherweise »Grundrente« genannte Konstrukt ist nur eine Grundsicherung plus, mehr nicht und leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. DIE LINKE lehnt Grundrenten ab, echte genauso wie falsche.

Deshalb wird DIE LINKE weiter kämpfen

- für einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro brutto, der vor Armut heute und im Alter schützt,
- für eine Solidarische Mindestrente, die sicherstellt, dass niemand im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben muss,
- für eine Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten,
- für 93 Euro »Mütterrente« für jedes Kind und
- für ein Rentenniveau von 53 Prozent, also für eine Rentenerhöhung um zehn Prozent!

07. Februar 2018

## Newsletter

### Sicherheitskonferenz soll westliche Machtansprüche zementieren

»Die westlichen Staaten sehen ihre globale Hegemonie durch das Erstarken von Russland und China, vor allem im (militär-) technischen Bereich, immer mehr infrage gestellt. Dieses imperialistische Konkurrenzdenken und die Angst, den ideologischen und ökonomischen Wettlauf zu verlieren, sind die eigentlichen Gründe für die zunehmende militärische Aufrüstung sowohl der NATO als auch der Europäischen Union. Der Westen will seinen Machtanspruch damit zementieren«, erklärt Alexander S. Neu, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Verteidigungsausschuss, zur heute beginnenden 54. Münchener Sicherheitskonferenz. Neu weiter:

»Nichts anderes meint auch Außenminister Sigmar Gabriel, wenn er davon spricht, dass die Welt immer unbequemer werde und die zukünftigen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik lägen. Der begonnene Übergang von der unipolaren Weltordnung zur multipolaren Weltordnung wird nicht akzeptiert und soll rückgängig gemacht werden. Dafür braucht es möglichst viel und abschreckendes Militär. Die Münchener Sicherheitskonferenz ist dabei der Ort, an dem sich die westlichen Staats- und Regierungschefs auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gegenseitig versichern, dass der Westen stark ist und mit allen Mitteln auch stark und vorherrschend bleiben muss.

DIE LINKE lehnt diese überhebliche und waffenmachtbasierte Weltsicht ab und fordert stattdessen eine völkerrechtsorientierte Außen- und Sicherheitspolitik. Die Sicherheitskonferenz hingegen dient allein der NATO-Selbstdarstellung und löst nicht ein einziges sicherheitspolitisches Problem. Wir stehen daher in München an der Seite der Friedensbewegung, die in diesen unsicheren Zeiten umso mehr gebraucht wird.«

16. Februar 2018

### Demokratie braucht ein verpflichtendes Lobbyregister

Demokratie stirbt im Dunkeln. »Es ist bezeichnend«, sagt Sahra Wagenknecht. »Auch die neue schwarz-rote Koalition will nicht offenlegen, welchen Einfluss Konzerne und Wirtschaftsverbände auf die Politik nehmen.« Bei den Verhandlungen zwischen Union und SPD wurde die Einführung eines Lobbyregisters kurzerhand aus dem Koalitionsvertrag gestrichen. Demokratie aber braucht Transparenz, damit Wählerinnen und Wähler wissen, wer auf welche Entscheidungen welchen Einfluss hat.

Sahra Wagenknecht kündigte an, dass DIE LINKE noch im Februar die Forderung nach einem Lobbyregister im Bundestag auf die Tagesordnung setzen werde. »Und wir werden weiter Druck machen, dass Parteispenden von Unternehmen und ihren Lobbyisten verboten werden!«, so die Fraktionsvorsitzende.

Die Fraktion DIE LINKE fordert seit Langem mehr Transparenz und ein verpflichtendes Lobbyregister. Beides ist geboten. In einer parlamentarischen Demokratie ist es zwar legitim, auf Entscheidungen und Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen. Auch sind die Abgeordneten auf eine seriöse Politikberatung von außen angewiesen. Die Art und Weise der Einflussnahme ist jedoch entscheidend. Korruption und Bestechung, Vorteilsbegünstigung, Vorteilsnahme und Intransparenz dürfen nicht Mittel der Einflussnahme sein. Insoweit stellt der Lobbyismus eine latente Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat dar.

Der Gesetzentwurf der Fraktion zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters (PDF) betont, dass endlich nachvollziehbar sein muss, »welche Interessenvertretung in wessen Auftrag und mit welchem Budget auf die Gesetzgebung oder andere politische Entscheidungen einwirkt oder einzuwirken versucht«. »Immer mehr Leute denken, die Politik könne sowieso nichts mehr entscheiden oder werde ohnehin von Konzerninteressen gelenkt«, sagte Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, anlässlich des erneuten Vorstoßes der Fraktion Ende Oktober vergangenen Jahres. »Es ist wichtig dem etwas entgegenzusetzen und dringend etwas für die Glaubwürdigkeit der Politik zu tun.«

12. Februar 2018

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 27.02.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 06.03.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Di., 20.03.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Do., 22.03.: 18.30 Uhr **»Treff Linksrum«**
- Mo., 26.03.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Di., 17.04.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**

### Soziale Bürgerberatung Döbern

am 7. März 2018 (weiter 14-täglich)  
jeweils von 10 bis 13 Uhr  
in der Begegnungsstätte  
Betreutes Servicewohnen des DRK,  
Forster Straße 14.

### Soziale Rechtsberatung Cottbus

am 23. März 2018

### Geburtstage

- 11.04.: 73 Jahre Wilfried Krüger
- 16.04.: 73 Jahre Peter Kunze
- 20.04.: 84 Jahre Gertraud Mahling
- 26.04.: 66 Jahre Heinz-Peter Bischoff
- 27.04.: 63 Jahre Gundula Hammer
- 30.04.: 65 Jahre Elke Schubert

*Herzlichen Glückwunsch,  
unseren Jubilaren, auch all denen,  
die hier nicht genannt sind!*

Anlässlich der Brandenburgischen Frauenwoche

findet am 4. März 2018, um 10.00 Uhr,  
im Piccolo Theater Cottbus eine

**Filmvorführung »Ostfrauen im Westfernsehen«**  
mit anschließendem Gespräch statt. Dazu sind  
Luc Jochimsen und Lucas Maria Böhmer zu Gast.  
Interessierte sind herzlich eingeladen.  
Der Eintritt ist frei.

### Alles Super

Präsident Erdogan hat die Türkei als »eines der führenden Länder der Welt in Sachen Pressefreiheit, soziale Medien und Internetjournalismus« bezeichnet. Und tatsächlich: In der türkischen Presse erntete er dafür keine Widerworte.

PF

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:  
[malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.